

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

12.6.1902 (No. 157)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Juni.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 157.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgesandt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Haushofmeister Karl Rogge im Dienste Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Durchlaucht dem Erbprinzen Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, Regenten von Sachsen-Koburg-Gotha, verliehenen Verdienstkreuzes des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

* A b w e h r !

Als die „Karlsruher Zeitung“ am 17. Juni 1895 unter der Ueberschrift „Wie man den Parlamentarismus ruinirt“ die Zustände im österreichischen Abgeordnetenhaus beleuchtete, fehlte es ihr nicht an heftigen Angriffen, selbst in einem Theile der reichsdeutschen Presse. Heute, nach sieben Jahren fortwährender Verwilderung der parlamentarischen Sitten in der österreichischen Volksvertretung, stehen wir mit unserer Würdigung dieser skandalösen Zustände nicht mehr allein. Man ist es nachgerade gewöhnt, das österreichische Abgeordnetenhaus zum Tummelplatz wilder Leidenschaftlichkeit herabgewürdigt zu sehen. Solange es sich bei den Skandalen um höchst unliebenswürdige Auseinandersetzungen der Parteien über innerpolitische Angelegenheiten handelte, konnte das Ausland als unbetheiligter Zuschauer der systematisch geübten Verhöhnung des einst gerade in Oesterreich hochgehaltenen parlamentarischen Gedankens mit kühler Ruhe zusehen. Neuerdings beliebt es sich bei österreichischen „Volksvertretern“, die Politik der Fürsten und Regierungen anderer Staaten zum Zielpunkt ihrer Kritik zu machen. Nach dem alldeutschen Herrn Schönerer, der leztlich in überaus taktloser Weise Kaiser Wilhelm in den Strudel seiner Verberämtheit sich zu ziehen vermaß, hat gestern Herr Klossac, einer der radikalsten Czechen, von einem andern Standpunkt aus den Deutschen Kaiser wegen seiner Marienburger Rede vor die Arena des österreichischen Abgeordnetenhauses citirt; es ist überflüssig, zu sagen, daß Form und Inhalt seiner Rede dem Charakter dieses Strafenpolitikers durchaus angepaßt waren. Nachdem die Unverschämtheit dieses Herrn Klossac vierundzwanzig Stunden das Gaudium aller Deutschen feinde gebildet hat, ist endlich eine Entgegnung von berufener Seite erfolgt. Ein heute Nachmittag eingetroffenes Wiener Telegramm meldet:

Nach Eröffnung der Sitzung erhebt sich der Präsident Graf Vetter und gibt folgende Erklärung ab:

Ich sehe mich veranlaßt, auf die am Schluß der gestrigen Sitzung gestellte Frage des Abg. Klossac zurückzukommen. Ich habe erst am Schluß der Sitzung aus dem Stenogramm den ganzen Wortlaut der Anfrage entnehmen können. Bei dem herrschenden Lärm und der Unruhe des Hauses war es mir nicht möglich, die einzelnen Worte dieser Anfrage zu hören. Ich spreche mein tiefstes Bedauern anlässlich des die Würde und das Ansehen des Hauses schwer schädigenden Vorfalls aus und bedauere insbesondere, daß es mir nicht früher möglich war, die Disziplinarmittel anzuwenden. (Beifall, Lärm, Zuruf bei den Czechisch-Radikalen.)

Es wird hierauf der Einlauf verlesen.
Nach Verlesung desselben ergreift der Ministerpräsident Dr. von Körber das Wort und erklärt:

Hohes Haus! Am Schluß der gestrigen Sitzung, dem ich nicht mehr beizuhören konnte, hat sich eine Scene zugetragen, auf die ich wohl auch zurückkommen muß. Wenn ich sagen würde, die Regierung weise die gemachten Worte (ich will vorerst davon absehen, wem sie galten) mit Entrüstung zurück, so brächte dies nicht recht meine Empfindung zum Ausdruck. Eher könnte ich sagen, wir weisen diese Worte, diese Vorgänge mit Betrübnis zurück. Ich habe nicht das Recht, das Wort und den Zweck der gethanen Äußerungen zu prüfen, wohl aber muß mir die Zensur der Wirkung zustehen, denn die Regierung ist die Repräsentation des Staates gegenüber der ganzen Außenwelt. (Zurufe bei den Czechisch-Radikalen, lebhafter Ruf: Ruhe.) Der

Ministerpräsident fährt fort: Wie denken Sie sich nun angesichts der erwähnten Vorgänge die Erfüllung dieser Pflicht der verantwortlichen Regierung? Wie denken Sie sich die Gestaltung der Beziehungen zu irgend einem Staate, wenn hier im österreichischen Abgeordnetenhaus Schmähungen der schlimmsten Art gegen eines der fremden Staatsoberhäupter, heute gegen das eine, morgen gegen das andere, vorgebracht werden? Ich will ja nicht daran erinnern, daß es sich gestern um einen seit seinem Regierungsantritt treuen Verbündeten der Monarchie handelt. (Zurufe von den Czechisch-Radikalen, lebhafter Ruf: Ruhe.) Ich würde in jedem gleichen Falle sagen: Die Urheber solcher Vorfälle vergehen sich schwer an dem Staate. Sie können allerdings die Politik des Staates nach außen nicht schädigen. Unter diesen Verhältnissen ist der Standpunkt der Regierung klar vorgezeichnet. Sie bringt ihn zur Geltung, indem ich hier die Beantwortung der aus diesem Anlaß an mich gerichteten Interpellation ablehne. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen, Lärm und Zurufe bei den Czechisch-Radikalen.)

Spät kommen die Herren, aber sie kommen; doch selbst die traurigen parlamentarischen Verhältnisse des österreichischen Abgeordnetenhauses vermögen ihr Säumen kaum zu entschuldigen. Es ist jedenfalls merkwürdig, daß der Präsident Graf Vetter erst nach der gestrigen Sitzung etwas über die Beschimpfungen der Person Kaiser Wilhelms erfahren hat, während die Parlaments-berichterstattung der Blätter die unflätigen Äußerungen des czechischen Redners und seiner Genossen sehr wohl hörten, verstanden und stenographisch wiedergaben. Daß Herr Klossac wegen der Marienburger Rede Kaiser Wilhelms interpelliren würde, war vorher bekannt; jedes politische Kind konnte voraussehen, wie der Ehrenmann Klossac seine Anfrage begründen würde — trotzdem hat der Präsident des Abgeordnetenhauses vierundzwanzig Stunden gebraucht, um seine Pflicht als Wahrer des parlamentarischen Anstandes zu erfüllen. Wir können nur wiederholen, was wir gestern schrieben: „Innerdeutsche Angelegenheiten entziehen sich der Beeinflussung durch das Ausland und es kann uns völlig gleichgültig sein, ob die preussisch-deutsche Polenpolitik den galizischen Schlachtrizen gefällt oder mißfällt.“ Vor allem aber müssen wir uns mit Entschiedenheit verbitten, daß sich slavischer Uebermuth und hinverbrannter Fanatismus an der Person unseres Kaisers vergreift!

Der Main-Neckar-Bahn-Vertrag.

2 Darmstadt, 10. Juni.

Die Kammer ist seit mehr als Wochenfrist in eine voraussichtlich mehrwöchige Tagung eingetreten, wie sie bei unserem Parlament in der Regel nur zur Anwendung kommt, wenn dringliche, sehr wichtige Gegenstände der Entscheidung harren. Diesmal ist es das „Dreigestirn“ Main-Neckar-Bahn-Umgestaltung, Umbau des Hoftheaters und Erweiterung der Technischen Hochschule, das die Situation beherrscht, und es sind das zweifellos Materien, deren Entscheid so oder so für das ganze Hessenland, insbesondere für die Residenz von größter Tragweite ist. Seit dem 4. Juni ist es nun der Main-Neckar-Bahn-Vertrag, der eine mehrtägige, heute endlich vollendete General-Debatte hervorgerufen hat und die Gemüther heftig aufeinanderplagen ließ. Es ist dies um so verwunderlicher, als der neue Vertrag, vom hessischen und preussischen Standpunkte aus betrachtet, eigentlich nur als eine weitere Konsequenz der hessischen Eisenbahnpolitik, die durch den hessisch-preussischen Gemeinschaftsvertrag von 1896 inauguriert wurde, sich darstellt. Die damalige Opposition in der zweiten Kammer hat es nun nicht über sich bringen können, auch diesmal den hessisch-preussischen Zusammenschluß auf dem Eisenbahngebiet zu Leibe zu rücken, und sie that dies heuer, indem sie Vertagung der Zustimmung zum Main-Neckar-Bahn-Vertrag bis zur erfolgten Revision der vorher erwähnten Konvention von 1896 forderte, bei deren Ausführung Preußen nach ihrer Meinung dem kleineren Hessen gegenüber nicht immer das von ihm zu verlangende Maß von Entgegenkommen bewiesen habe (es fielen dabei in der Debatte recht scharfe Worte, die theilweise zu Ordnungsrufen führten); ja der Centrumsabgeordnete Dr. Schmitt-

(Mit zwei Beilagen.)

Mainz ging sogar so weit, zu behaupten, daß die seitherige Ertrags-Teilungsziffer für Hessen zu niedrig bemessen sei, dessen Antheil er nach Kopfszahl der Bevölkerung, Bahnlänge und Anlagekapital im letzten Jahre auf 7,4 Mill. M. berechnen zu müssen glaubte. Staatsminister Nothe und Finanzminister Snauth hatten bereits bei Beginn der ganzen Beratung die durchaus loyale Durchführung des 1896er Vertrags seitens Preußens hervorgehoben und letzterer unzweideutig zu erkennen gegeben, es könne sich hier nur darum handeln, den Vertrag pure anzunehmen oder abzulehnen; die Ablehnung würde die glatte Auflösung der seitherigen Main-Neckar-Bahn-Gemeinschaft und die einfache Ueberführung der hessischen und preussischen Theile in die allgemeine Betriebsgemeinschaft zur sicheren Folge haben, dagegen die in freundslichem Eingehen auf die seitens Preußens und Badens zunächst in Aussicht genommene Regelung etwa erfolgende Annahme durch die Kammer Hessen besondere Vortheile sichern. Inzwischen hatten sich die gegnerischen Bestrebungen bereits zu einem von den Sozialdemokraten, Abgeordneten des Centrums und der sog. Freien Vereinigung (Antisemiten u. s. w.) eingebrachten Antrage auf Vertagung der Beratung des Staatsvertrags zum nächsten Landtag und einem Ersuchen an die Regierung verdichtet, wegen Revision des 1896er Vertrags mit der preussischen Regierung in Verhandlungen einzutreten. Finanzminister Snauth machte gegenüber dieser „Fähigkeit“ — indem er auch mit sachlichen Waffen der Legendenbildung zu Leibe zog, die sich an das viel gebrauchte und mißbrauchte Wort, des 1896er Vertrags „thunlichste Berücksichtigung der hessischen Wünsche“ knüpfte — kein Hehl daraus, daß der etwaige Fall einer Vertrags-Ablehnung durch die Kammer für ihn die „Kabinettsfrage“ bedeute. Staatsminister und Finanzminister betonten wiederholt den hohen Ernst der Situation bei der bevorstehenden Entscheidung.

Heute Mittag wurde der Vertrag mit 31 gegen 18 Stimmen durch die zweite Kammer angenommen und es ist damit der Regierung eine unerquickliche Situation erspart worden, wie sie im Falle des Ueberwiegens der Opposition — deren Vorgehen übrigens angesichts der im Herbst zum Landtag bevorstehenden Neuwahlen in besonderer Beleuchtung erscheint — nicht ausbleiben konnte. Ein gewisser peinlicher Eindruck der unter dem Zeichen des Partikularismus stehenden mehrtägigen Debatte kann allerdings nicht aus der Welt geschafft werden.

Das bayerische Landtagswahlgesetz.

* Im ersten Ausschuss der Reichsrathskammer gab gestern bei Beratung des Beschlusses der Abgeordnetenkammer betr. die Reform des Landtagswahlgesetzes der erste Präsident Graf Verchenfeld der Befürchtung Ausdruck, daß ein von der Regierung vorgelegter Entwurf nicht ohne weiteres und nicht ohne den Versuch seitens der zweiten Kammer, in dem einen oder anderen Punkte noch etwas weiteres zu erreichen, angenommen würde. Einstweilen habe er bei Prüfung der 14 Punkte des Beschlusses der Abgeordnetenkammer auch nicht einen gefunden, der ihm von vornherein einen darauf begründeten Entwurf unannehmbar erscheinen ließe. Er hoffe, daß es der Regierung gelinge, einen die 14 Punkte des Beschlusses berücksichtigenden Entwurf vorzulegen und diesen Entwurf während der diesbezüglichen Verhandlungen so zu schärfen und zu verteidigen, daß nichts in den Entwurf hineinkomme, was nicht hineingehe. Es komme vor, daß, wenn ein Gesetzentwurf eine Zeilang in Behandlung stehe, man sich schließlich bereit finden lasse, auch minderwertige Bestimmungen aufzunehmen, die man anfänglich perhorresziert hat. Von diesem Vorwurf sei auch die Staatsregierung nicht ganz freizusprechen und es seien in Bayern manche Gesetze zur Verbesserung gekommen, die durch Aufnahme von solchen Bestimmungen minder gut geworden seien als sie im Entwurf waren. Er erlaube daher die Regierung, in dieser Beziehung möglichst streng und energisch vorzugehen, denn sie könne ja stets erklären, daß sie im Falle der Aufnahme unannehmbare Bestimmungen das Gesetz zurückziehe.

Minister Dr. Frhr. v. Feilitzsch erwiderte, auf den gegenwärtigen Gegenstand könnten diese Bemerkungen des Grafen Verchenfeld sich wohl kaum beziehen, denn er habe bezüglich mehrerer Punkte, die in der Abgeordnetenkam-

mer in Bezug auf ein neues Wahlgesetz vorgeschlagen waren, bereits erklärt, daß sie für die Regierung unannehmbar seien und die Kammer habe dieselben dann auch fallen lassen. Die Regierung werde daran festhalten, daß an den jetzt vereinbarten Grundlagen nicht mehr gerüttelt werde und die Regierung müsse, wie er schon in der Abgeordnetenversammlung erklärt habe, annehmen, daß die Parteien an die in dem Beschluß festgelegten Punkte gebunden sind.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 10. Juni.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Staatssekretär Fehr. v. Tschelmann führt aus, die Verbündeten Regierungen hätten die Frage der Kontingentierung sich ernstlich durch den Kopf gehen lassen, wären aber zu dem Schluß gekommen, die Frage erst dann zu lösen, wenn Erfahrungen auf Grund der Brüsseler Konvention gesammelt seien, die ihnen die Mittel an die Hand geben, die beiderseitigen Interessen weiter abzuwägen. Andererseits hätten die Herren, die den Kommissionsbeschlüssen angriffen, nicht die Höhe der Kontingentierung sich vor Augen gestellt. Das Kontingent von 21½ Millionen Doppelgenter lasse genügend Spielraum. Es sei belanglos, wenn es auch für die einzelnen Zuderindustriellen hin und wieder empfindlich sein möge. Die Regierung würde es jedoch für zweckmäßiger halten, vorläufig von der Kontingentierung abzusehen und noch einige Jahre damit zu warten.

Abg. Barth (freif. Ver.) befürwortet seinen Antrag auf Befreiung des Kontingents. Die Verachtungen seien gerade die kleinen Landwirthe.

Abg. Paasche (nat.-lib.): Seine Partei könne sich nicht entschließen, jetzt, wo durch die Brüsseler Konvention die Prämien im allgemeinen fortzufallen, durch die Kontingentierung neue Prämien einzuführen. Er bitte das Centrum, die Forderung des Kontingents fallen zu lassen.

Abg. v. Komierowski (Pole) führt aus: Ich gehöre zu denjenigen meiner Partei, die der Brüsseler Konvention zustimmen, denen diese aber durch Einführung der Kontingentierung sehr erschwert wird, denn diese schädigt gerade die kleinen Landwirthe in den Osten. Dies bedeutet einen großen kulturellen Rückschritt für den Osten.

Fehr. v. Tschelmann (konj.) spricht sich für die Kontingentierung aus.

§ 65 (Festsetzung des Kontingents) wird mit 194 gegen 114 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Geschlossen dagegen stimmen Freisinnige, Sozialdemokraten, Polen, Antisemiten, dafür das Centrum, ausgenommen einzelne süddeutsche Abgeordnete, ein kleiner Theil der Monarchisten, die Hälfte der Reichspartei und einzelne Nationalliberale. Die Kontingentierung ist also abgelehnt.

Dadurch erübrigt sich die Abstimmung über die übrigen Bestimmungen des Artikels 1.

Es folgt die Verathung des Artikels 2, betreffend die Verbrauchsabgabe.

Abg. Speck (Centr.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Hermes (freif. Volksp.) beantragt, den Steuerfuß auf 14 M. zu normiren.

Preussischer Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben führt aus: Schon die von der Regierung vorgeschlagene Ermäßigung der Zudersteuer von 20 auf 16 M. wird eine bedeutende Ermäßigung des Zuderpreises im Detailhandel herbeiführen. Eine weitere Herabsetzung des Steuerfußes nach dem Kommissionsvorschlag würde bei der Steigerung des Konsums unerheblich sein, dagegen für die Reichskasse einen Ausfall von 7 Millionen bedeuten, das heißt bei einer Herabsetzung von 16 auf 12 M. 28 Millionen. Jedner widerspricht den Behauptungen der Abgg. Hahn und Verstein, daß eine Preisverminderung den Konsum erhöhe in einem Maße, daß ein Einnahmeausfall überhaupt nicht zu erwarten sei. Jedner glaubt, daß wir Englands Zuderkonsum in absehbarer Zeit nicht annähernd erreichen werden, mit Rücksicht auf die dortigen Gewohnheiten, namentlich den hohen Theelkonsum. Daß wir eine Reichseinkommensteuer nicht einführen können, fürchte gestern schon Staatssekretär Graf Posaadowsky aus. Die erste Bedingung für eine gerechte Steuer ist eine gerechte gleichmäßige Handhabung. Diese ist im Deutschen Reich unmöglich, weil sie in den einzelnen Bundesstaaten zu verschieden ist. Man müßte die Einzelstaaten unifiziren, worauf diese sich nicht einlassen werden. Wenn wir einen Ausfall von einigen 20 Millionen haben, bleibt nichts übrig, als den Ausfall wieder auf die Schultern der Bundesstaaten zu legen und durch Matrularbeiträge zu decken. Wie werden schon so im nächsten Jahre im Haushaltesatz für 1903 mit einem Ausfall von 70 bis 80 Millionen zu rechnen haben, mit dem Ausfall an Zudersteuer also 100 Millionen Defizit, die nicht durch Matrularbeiträge aufgebracht werden können. Preußen hatte schon im vorigen Jahre 12, jetzt 14 Millionen Defizit. Ist die Situation für Preußen schwierig, so für die kleineren Bundesstaaten noch mehr. Es würde eine gegen den Reichsgedanken gerichtete Mißstimmung entstehen. Die Regierungen würden am liebsten bei dem Satz von 16 M. bleiben, sie wollen sich aber auch mit 14 M. einverstanden erklären. Ich möchte den Abg. Müller-Fulda bitten, zu prüfen, ob er nicht von seinem Antrag auf Herabsetzung der Steuer auf 12 M. von 1906 absehen kann.

Der bayerische Bevollmächtigte Graf Verchenfeld bittet namens seiner Regierung mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen, den freisinnigen Antrag abzulehnen und von der Regierungsvorlage nicht allzusehr abzuweichen.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) erklärt, eine Einigung würde bald erzielt werden, wenn die preussische Eisenbahnverwaltung die Erklärung abgäbe, daß sie die hohen Zolltariffätze für Zuder wesentlich herabsetzen würde.

Geb. Rath v. Mülhaußen erklärt, daß die preussische Eisenbahnverwaltung die künftige Gestaltung des Tariffs für Zuder und seine Nebenprodukte unterzuchen werde.

Abg. Camp (Meichsp.) spricht sich für die Aufhebung der Zudersteuer aus.

Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal spricht namens seiner Regierung gegen den Kommissionsbeschl. Sachsen sehe finanziell bedeutend ungünstiger, als Preußen da.

Finanzminister v. Rheinbaben wendet sich gegen den Abg. Camp: Wenn die Zudersteuer so hohe Ueberlässe ergeben sollte, würde der Reichstag von selbst eine Ermäßigung der Steuer beantragen.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) zieht seinen gestern gemeldeten Antrag zurück.

Abg. Ledebour (Soz.) erklärt, die Hauptsache sei die Steigerung des Konsums, die nur durch Aufhebung der Steuer erreicht werden könne. Eine Preisermäßigung von ein paar Pfennigen für das Pfund Zuder habe gar keinen Werth. Die Ausgaben für die Flotte werden immer größer. Die Bundesregierung solle sich an die Sozialdemokraten wenden, wenn sie nicht im Stande sei, ein Budget ohne die Zudersteuer auszuarbeiten.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Nach Ablehnung einiger Anträge und der Kommissionsfassung (gegen die Stimmen der Rechten und Sozialdemokraten) wird der Antrag Hermes (14 M.) angenommen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Monarchisten.

Artikel 2a behandelt den Leberzoll. Die Kommission fügte die Bestimmung ein, wonach der Leberzoll für Zuder, für den im Erzeugungsland keine Prämie gewährt ist, im höchsten Betrage erhoben wird, der nach dem Vertrag zulässig ist. Der Vertrag sieht einen Maximalzoll von 4,80 M. vor.) Hierzu liegen wiederum Anträge vor.

Artikel 2a wird nach unerheblicher Debatte unter Ablehnung der Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Artikel 3 (Uebergangsbestimmungen) wird debattelos genehmigt.

Artikel 4 bestimmt, daß die Brüsseler Konvention und die Zudersteuernovelle zugleich am 1. September 1903 in Kraft treten soll.

Die Abgg. Müller-Fulda und Graf Noon (konj.) beantragen, hier auch das Süßstoffgesetz einzubeziehen.

Staatssekretär Fehr. v. Tschelmann wendet sich dagegen mit dem Hinweis, daß das Schicksal der Vorlage noch nicht entschieden sei, er könne jedoch erklären, daß die Verbündeten Regierungen in der Hauptsache auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse über das Sacharinsgesetz ständen.

Noon und Müller-Fulda ziehen ihre Anträge zurück.

Artikel 4 wird angenommen.

Abg. Speck (Centr.) berichtet über die Resolutionen.

Abg. Richter (freif. Volksp.) wendet sich gegen die erste Resolution, betreffend die Besteuerung aller Süßstoffe. — Resolution 1 wird abgelehnt, 2 dagegen angenommen, die die Regierung erucht, dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifen die Frachtsätze ermäßigt werden für Zudereriben, Schmelz-, Melasse-, Roh- und Kristallsüder, für letzteren besonders auch im deutschen Binnenverkehr.

Hierauf vertagt sich das Haus. — Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 9 Uhr abzuhalten. (Großer Lärm. Ruf: Oh!) — Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. (Große Heiterkeit.) Tagesordnung: Süßstoffgesetz.

* Berlin, 11. Juni.

(Telegraphischer Bericht.)

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Süßstoffgesetzes.

Abg. Hermes (freif. Ver.) kann bei diesem Gesetzentwurf, durch den eine blühende Industrie abgeschlachtet wird, die Regierung nicht unterstützen.

Graf Carmer spricht sich für das Gesetz aus.

Abg. Fischer-Sachsen bekämpft dasselbe.

Abg. Becker hält das Verbot der Herstellung, des Verkaufes von künstlichen Süßstoffen, welches in § 2 ausgesprochen ist, im Interesse der Landwirtschaft für nöthig. Er wird mit einem Theil seiner Freunde für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Pachnik meint, wenn man Sacharin verbiete, weil es keinen Nährwerth besitze, so müßte man alle Gewürze verbieten.

Schließlich wird der § 2 unter namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 117 Stimmen angenommen.

Die §§ 3 bis 10 werden sodann debattelos angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Nachmittags 3 Uhr.

* Berlin, 11. Juni. Dem Reichstage ging heute durch den Reichskanzler der Antrag zu, der Vertagung des Reichstages bis zum 14. Oktober zuzustimmen.

Das Regierungsprogramm des neuen französischen Kabinetts.

* Paris, 11. Juni.

In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas Ministerpräsident Combes folgende Erklärung:

Es ist die Eigenart des parlamentarischen Regiments, daß zu bestimmten Zeiten das Land als Souverän die Fragen entscheidet, über die seine Vertreter nicht einig sind, und es ist die erste Pflicht seiner Vertreter, die Entscheidungen des Landes zur Ausführung zu bringen. Ein solches Schiedsgericht hat heute stattgefunden, und wir wenden uns an Sie mit der Bitte, sich dem Willen zu fügen, den das Land so klar ausgesprochen hat. Das ganze Gewicht des letzten Wahlsieges lag in der Politik des letzten Kabinetts und der Mehrheit, die es unterstützte hat. Die Gegner unserer Einrichtungen haben das, was nur ein Wert zur Förderung der Einheit war, als ein leitendes und ein revolutionäres Werk hingestellt. Es galt, zwischen den verschiedenen Gruppen der republikanischen Partei die Einheit für die Vertretung der Republik zu erzielen, und das allgemeine Wahlrecht hat gesprochen und die Haltung der Regierung gebilligt. Es hat eine stärkere Mehrheit nach dem Parlament entsandt, die nicht weniger entschlossen ist, sich nicht zu zerpalten. An diese Mehrheit ohne Unterschied der Meinungen wenden wir uns. Die Reichen bleiben offen für alle, die guten Willen haben. Die Einigung drängt sich mehr denn je auf, damit das Werk der republikanischen Verteidigung und Aktion vollendet werde, nachdem unsere Vorgänger es so gut begonnen haben, und damit dem Lande die erwarteten Reformen gegeben werden. Warum sollte diese Einigung aufhören, da wir eben durch sie gestiftet haben? Die Regierung wird alles vermeiden, was sie vernichten oder schwächen könnte.

Das Kartell, das vom Lande verurtheilt worden ist, hatte in den letzten Jahren alles versucht, um den nationalen Charakter der Armee zu ändern und sie von ihrer einzigen und edlen Aufgabe abzulenken. (Lebhafter Beifall links.) Wir werden mit äußerster Thätigkeit solche Versuche bekämpfen, falls sie sich wiederholen sollten, und wir werden im Stande sein, die Armee von der Politik fern zu halten.

Ein Theil der Geistlichkeit gab verwerflichen Eingebungen nach und wollte die Sache der katholischen Kirche mit derjenigen der religiösen Orden verwechseln. Trotz dem Geiste der Gesetzgebung ließ sie sich bei den letzten Wahlen in den Kampf ein. Derartige Ausschreitungen sind unerträglich, und wir werden mit ihnen zu prüfen haben, ob die Aktionsmittel, über welche die Regierung gegenwärtig verfügt, genügen, um die Wiederholung solcher Thaten zu vermeiden. Für das Vereinsgesetz hat nun die Zeit der Anwendung in der Verwaltung und bei den Gerichten begonnen und die Regierung wird dafür sorgen, daß keine seiner Bestimmungen unwirksam bleibt. Wir werden ihnen vorschlagen, das Gesetz vom 15. März 1880 über den Unterricht aufzugeben und dem Staat, ohne daß es notwendig wäre, zu seinem Monopol zurückzuführen. Rechte und Bürgschaften zu geben, die ihm gänzlich mangeln.

Die Finanzlage bietet gegenwärtig Schwierigkeiten dar, die der Parteigeist auszubenten versucht hat, dadurch, daß er diese Schwierigkeiten übertrieb und entstellte. Demgegenüber kann die Regierung nicht gleichgültig bleiben. Wir haben nicht nachzuforschen, ob diese Schwierigkeiten nicht zum wenigsten zu einem großen Theil in einer Krise und in der Vermehrung von Lasten liegen, die allen Nationen Europas gemeinsam sind. Wir haben jedenfalls die Pflicht, Vorsorge zu treffen. Es gereicht unserem Regime zur Ehre, daß es schon vor 15 Jahren größere Schwierigkeiten durchzumachen hatte und daß es ihm in so schneller Weise gelang, unsere Finanzen auf das genaue Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zurückzuführen, was unser Land seit 75 Jahren nicht mehr gekannt hat. Wir werden in unserer Finanzgebarung nichts vernachlässigen, um eine strenge Sparsamkeit in den Ausgaben einzuführen und die Lasten in den Grenzen der Möglichkeit zu erhalten, deren beständige Vergrößerung die Budgets aller großen modernen Staaten so schwer belastet. Wir werden alles beseitigen, was unseren nationalen Kredit gefährden könnte, der unter vorübergehenden Verlegenheiten einer der ersten der Welt geblieben ist. Unter den Reformen, die das allgemeine Stimmrecht auszuführen uns auferlegt, nimmt eine der ersten Stellen die ein, welche in unser Finanzsystem mehr Gerechtigkeit und mehr demokratischen Sinn einführen soll. Die Erhebung gewisser alter Steuerarten durch die allgemeine Einkommensteuer, die jeden nach seiner Leistungsfähigkeit einschlagen, und die demokratische Bevölkerung der Städte und Landgemeinden in großem Maße erleichtern muß. Unsere Bevölkerung erwartet mit Ungeduld die Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre, die, ohne der Festigkeit unserer Armee Abbruch zu thun, eine gleichmäßige Verteilung der Frankreich durch die Fürsorge für seine Verteidigung und seine Ehre auferlegten Lasten sichern muß. Der Senat ist mit einer bezüglichen Vorlage befaßt, deren baldige Erörterung wir verlangen werden, indem wir die Herabsetzung beim Parlament unterstützen. Die öffentliche Meinung hat nachdrücklich verlangt, unsere Militärlast zu mit den Grundfragen des modernen Rechts in Einklang zu bringen. Die vorgängige Gesetzgebung hat nur einige Bruchstücke des unternommenen Wertes zu Ende führen können. Wir werden Sie zum weiteren Ausbau einladen, auch zur Verbesserung der Disziplinarkörper und der Strafrechtspflege der Armee.

Die letzte Kammer hatte die Regierung beauftragt, die Prüfung der Bedingungen vorzubereiten, unter denen der Ankauf eines Theiles unserer Eisenbahnen betriebsfähig werden könnte. Wir werden uns diesem Beschlusse anpassen.

Ein Problem, das sich allen Demokraten bietet, ist, den Arbeitern der Industrie, des Handels, des Ackerbaues, die, wenn das Alter ihre Kraft gebrochen hat, sich ohne Hilfsquellen befinden, eine Versorgung zu sichern. Die letzte Kammer hat die Lösung dieses Problems angedeutet. Sie hatte nicht die Zeit dazu, sie zu vollenden; wir werden ihre Prüfung mit ihnen wieder aufnehmen.

Wir würden glauben, eine unserer wesentlichsten Aufgaben zu versehen, wenn wir nicht gleichzeitig in allen Zweigen der nationalen Thätigkeit die Maßregeln wirtschaftlicher Linderung suchten, die, ohne an dem Grundbesitz des individuellen Eigentums zu rühren, der Arbeit mehr Bürgschaften, der Gesellschaften mehr Gerechtigkeit, den Enterbten größere Wohlthat und unserm demokratischen Staate, der der gleichmäßigen Vertreter der allgemeinen Interessen ist, mehr Unabhängigkeit und Strafen den privaten Interessen gegenüber sichern. Endlich werden wir nicht vergessen, daß es wichtig ist, in allen Einzelheiten der Verwaltung die den Geist der republikanischen Aktion fühlen zu lassen, den Geist der Freiheit der Vorkriegszeit, von dem die Regierung befaßt ist. Unsere Demokratie hat mit ihrem gefunden Menschenverstand niemals begreifen können, daß zwischen der Nation, die so oft ihren Willen ausgesprochen hat, und den Ministern, die zur Ausführung des Willens der Nation berufen sind, sich feindliche Einflüsse haben einschleichen können in das Mäderwerk unserer Verwaltungen. (Lebhafter Beifall links.) Wir haben eine tiefe Abneigung gegen alles, was dahin zielen könnte, die innersten Ueberzeugungen der ergebenen Diener des Staates zu erschüttern und zu verdächtigen, aber wir werden niemals dulden, daß in dem Schatten unserer republikanischen Regierung sich systematisch feindliche Bestrebungen verbergen, die gegen die Regierung arbeiten, oder gegen die guten Bürger, die der Sache der Freiheit treu sind.

Unsere auswärtige Politik, die niemals die höheren und dauernden Interessen des Landes aus dem Auge verlieren wird, wird an dem Bündniß festhalten, dessen wohlthätige Wirkungen Frankreich und Rußland hochschätzen und in dem die allgemeine Meinung eine wesentliche Bürgschaft des Gleichgewichts der Welt erblickt. Sie wird Beziehungen und Freundschaften pflegen, die sich glücklicherweise entzündet haben, und die neu angeknüpft wurden und die die Gemeinschaft des Ursprungs und der Nachbarschaft, die Neugierde der Staats-einrichtungen und der Geschichte erleichtern. Koller Achtung vor den Rechten anderer wird sich bemühen, die moralischen und materiellen Interessen Frankreichs unangefastet zu bewahren.

Der Vorsitzende, Bourgeois, theilte darauf die verschiedenen angekündigten Interpellationen mit, darunter die von Faure's und Genossen über die allgemeine Politik der Regierung.

Ministerpräsident Combes erklärte sich zur sofortigen Beantwortung der letzteren bereit; die Kammer beschloß jedoch, diese Erörterung am Donnerstag vorzunehmen, und vertagte sich.

(Telegramm.)

* Paris, 11. Juni. In der gestern in der Kammer verlesenen Erklärung der Regierung sind folgende Blätterstimmen hervorgehoben: Der „Figaro“ schreibt: Die Erklärung ist ein Kompromiß zwischen den hervorragenden Mitgliedern des Kabinetts, das weniger gleichartig ist, als der Ministerpräsident Combes gewünscht haben mag. Das radikale Programm ist darin stark gemildert. Zwei oder drei Minister haben offenbar darüber gewacht, daß sich ihre Kollegen nicht auf die schiefe Ebene unruhiger Drohungen und gefährlicher Verprechungen begeben. Der radikale „Appel“ sagt, alle die Grundzüge haben, „alles ist da, was sie im Hinblick auf die gegenwärtigen Umstände sein muß, nicht so aggressiv und nicht so bestimmt bezüglich gewisser Reformen, die im Parlament gegenwärtig keine Mehrheit finden könnten. Aber dafür wäre sehr bezeichnend, die von der Wählerchaft ausgesprochenen Wünsche. Die sozialistische „Revue“ meint, die Regierungserklärung hätte gewonnen, wenn ihre Form etwas energischer und ihr Inhalt etwas klarer gewesen wäre. Die obligate Erwähnung der russischen Allianz sei von der Kammer mit feindseligen Stille aufgenommen worden. — Der sozialistische radikale „Lanterne“ sagt, man müsse zugestehen, daß der Radikalismus des Kabinetts recht gemäßig sei. — Der sozialistische „Gaulois“ schreibt: Gegen die Priester und gegen die Soldaten! In diesen beiden Punkten war die Erklärung sehr deutlich, bei der wirtschaftlichen sei sie aber sehr zurückhaltend. — „Mélina“: „Republique“: Die Erklärung sei geschickt unanctur um Niemand zu entmutigen. — Nach der bonapartistischen „Autorité“ kommt die Erklärung einem Bankrott der radikalen Partei gleich.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 11. Juni.

Heute Vormittag von 10 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Geheimraths Dr. Wielandt und empfing sodann den Kaiserlich deutschen Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall. Hierauf meldeten sich der Oberstleutnant Herring beim Stabe des Infanterie-Regiments von Litzow (1. Rheinischen) Nr. 25, bisher in Trier, Oberlehrer Dr. Thamm und Oberlehrer Pohl beide zum Kadettenhaus Karlsruhe verlegt.

Um 2 Uhr begab sich Seine Königliche Hoheit der Großherzog, begleitet von dem Generalleutnant und Generaladjutanten von Müller und dem Flügeladjutanten Hauptmann Freiherr Seutter von Eßen, zum Bahnhof zur Begrüßung seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Siam, Höchstweller, von Baden kommend, zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften hier eintraf. Am Bahnhof war eine Ehrenkompanie mit den militärischen Vorgesetzten aufgestellt und außerdem waren am Abend der Oberstleutnant Hauptmann Freiherr von Selbened und der Stadtkommandant Generalmajor Freiherr von Schönau-Wehr. Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog den hohen Gast begrüßt hatte, gingen Höchstdieselben die Front der Ehrenkompanie ab und bestiegen hierauf den Wagen, um nach dem Schlosse zu fahren. Die Begleitung seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Siam besteht aus folgenden Personen: dem Königlich Siamesischen Gesandten in Berlin Phya Wisut Kola, den Flügeladjutanten Oberst Phya Rajavallabh-Anusitsa und Hauptmann Quang Sarasiddhy-Anusara sowie dem Dolmetscher Attaché Vostus. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin empfing Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen im Marmoraal, wo hierauf der gesammte Hofstaat vorgestellt wurde. Ihre Königlichen Hoheiten begaben sich sodann mit dem hohen Besuch in die Gemächer der Großherzogin und verweilten dalebst längere Zeit. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz bezog sodann Seine Gemächer.

Um 4 Uhr unternahm Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Siam mit seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Nag eine Ausfahrt durch die Stadt und besuchte daran anschließend die Jubiläums-Kunstausstellung.

Heute Abend 7 Uhr findet zu Ehren des Kronprinzen eine große Hofball im Großherzoglichen Schlosse statt. Die Rückkehr des Kronprinzen nach Baden-Baden erfolgt Abends 10 Uhr.

In einigen Blättern ist behauptet worden, der Staatsminister v. Stauber habe bei Beratung des Eisenbahnbudgets in der Zweiten Kammer am letzten Dienstag zu Beginn der Rede des Abgeordneten Frisch auf den Saal verlassen, um erst nach deren Schluß auf seinen Platz zurückzukehren. — Richtig ist, daß der Minister etwas vor elf Uhr das Haus für kurze Zeit verließ, um sich zu einem Vortrag zu seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog zu begeben. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Abwesenheit des Ministers und jener Rede liegt nicht vor.

Die Stationen Appenweier, Basel, Durlach, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Müllheim, Doss und Pforzheim sind mit Krankensitzplätzen ausgestattet. Die Stühle dienen zur Beförderung Kranker von den Straßenfahrwerken nach den Eisenbahnwagen und umgekehrt, sowie für die Ueberführung von einem Eisenbahnwagen zum andern; sie werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

(Ergänzungswahl) Bei der gestern durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Wahl eines Stellvertreters für den in den Stadtrat gewählten Herrn Stadtverordneten Robert Diering wurde mit Annabauer bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Bürgerausschusses Herr Privatmann Heinrich Mittel gewählt.

(Aus dem Polizeibericht.) Zwei junge Burden aus Stuttgart, die am 4. d. M. einem dortigen Fahrradhandler ein Tandemrad im Werthe von 300 M. stahlen und unterwegs veräußerten, wurden hier festgenommen; ferner zwei hiesige stellenlose Tagelöhner, weil sie gestern Abend auf der Messe gemeinschaftlich ohne allen Grund drei Arbeiter mißhandelten. — Gestern Nachmittag, als der 4 Uhr 14 Min. von hier nach Basel abgehende Schnellzug bereits über dem Uebergang der Ertlingerstraße fuhr, sprang ein Mann in der Meinung, er sei in den falschen Zug eingestiegen, aus demselben und brach das rechte Bein oberhalb des Knöchels. Er wurde mittelst Krankenwagens in das städtische Krankenhaus verbracht.

B.N. Mannheim, 11. Juni. Der von seiner Frau getrennt lebende Buchhalter Weg hatte in der letzten Zeit Verhörmungsversuche angebahnt. Gestern Abend begab sich das Paar bei einem Spaziergang auf den Bahnhof. In der Nähe des Kriegerdamms blieb Weg einige Schritte zurück und gab dann auf seine Frau zwei Revolvergeschosse ab, welche die Frau lebensgefährlich verletzten. Der Thäter wurde verhaftet.

Heidelberg, 10. Juni. Gestern Abend wurde zu Ehren der Teilnehmer der in Mannheim tagenden Versammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eine Beleuchtung der Schlossruine und der alten Brücke, verbunden mit einem auf dem Wasser abgebrannten Feuerwerk, veranstaltet. Eine gewaltige Zuschauermenge hatte sich hierzu aus der Stadt und von auswärts eingefunden. Auch Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin waren eingetroffen, und besahen sich das prächtige Schauspiel von der Villa Landfried aus. — Mitte dieses Monats wird der hiesige Kunstverein eine Sonderausstellung von Radierungen Max Klingers veranstalten. — Die Bühne des Stadttheaters wird im kommenden Winter elektrische Beleuchtung erhalten.

X Baden, 10. Juni. Heute Abend 6 Uhr 25 Minuten traf der Kronprinz Maha Rajiravudh von Siam mit Gefolge hier ein und wurde am Bahnhof im Auftrage seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von dem Oberstleutnant v. Offenhardt-Verdohly empfangen. Auch

hatten sich zur Begrüßung eingefunden die Herren Geh. Regierungsrath Haape und Oberbürgermeister Gönner. Der Kronprinz hat im „Hotel Stephanie“ Wohnung genommen und gedenkt in unserer Vaterstadt einige Zeit zu verweilen.

Freiburg, 9. Juni. Gegenwärtig findet hier in der Festhalle ein Wohlthätigkeitsbazar statt, der sich eines großen Zuspruchs erfreut. Der Bazar wird zu Gunsten des St. Anna-Stiftes abgehalten und hat den Zweck, alleinlebenden Frauen und Mädchen ohne Unterschied des Bekleidungsstandes ein Heim und geeignete Beschäftigung zu bieten. Die 15 Buden des Bazars weisen alles auf, was Herz und Auge erfreut und der Wohlthätigkeit ist ein großer Spielraum gegeben, der auch fleißige Bemühung findet. Zahlreiche musikalische und theatralische Genüsse üben gleichfalls eine starke Anziehungskraft und so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein bedeutender Erfolg dem edlen Unternehmen gesichert ist.

Kleine Nachrichten aus Baden. Die Landwirtschaftsausstellung in Mannheim war gestern von 34 809 Personen besucht. — Der erste Verbandstag des Verbandes der Anwaltsgehilfen für das Großherzogthum Baden — gegründet am 6. April d. J. in Heidelberg — findet am Sonntag, den 15. Juni im Restaurant „Landstüchli“ in Karlsruhe statt. — Gestern Nacht brach in der alten Schmiede in Hornberg, welche dem Fabrikanten Obergfell gehört, Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß mehrere Personen, kaum mit dem Hemde bekleidet, sich retten mußten. Das alte Gebäude lag in kurzer Zeit in Asche und an eine Rettung der Darlehensschuld der Stadt Konstanz vom 1. Juli ab von 4 Proz. bezw. 4 1/2 Proz. auf 8 1/2 Proz. ermäßigt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Juni. 102. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag, den 12. Juni 1902, Vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Angaben. Sodann Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Spezialbudget des Eisenbahnbaues für die Jahre 1902 und 1903, und die damit zusammenhängenden Petitionen (Seite 23 ff und 36 ff des Berichts). — Drucksache Nr. 24 a. Berichterstatter Abg. Pfefferle.

Die Erkrankung des Königs von Sachsen.

(Telegramme.)

Sibyllenort, 11. Juni. In den letzten Tagen empfing Seine Majestät der König wiederholt den Prinzen Georg, welcher längere Zeit am Krankenbett verweilt; auch sah der König die anderen hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses. In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages ließ der König sich über Regierungsangelegenheiten Vortrag halten und erlegte eine größere Anzahl ihm am Herzen liegender Gnadengesuche.

Sybillenort, 11. Juni. Der heute Morgen ausgegebene Krankheitsbericht lautet: Seine Majestät der König hat in der ersten Hälfte der Nacht ruhig geschlafen. In den frühen Morgenstunden trat jedoch wieder etwas Unruhe ein. Der hohe Kranke verlangte nach Speise und Trank. Der Zustand des hohen Patienten erfordert unausgesetzte Ruhe im Bett oder auf dem Liegestuhl. Fieber ist nicht vorhanden. Puls regelmäßig.

Frankreich und Elsaß-Lothringen.

(Telegramm.)

Paris, 10. Juni. Bezüglich der vom deutschen Reichsanzler Grafen Bülow gelegentlich der Verhandlungen über die Aufhebung des Diktatursparagrafen gehaltenen Rede, sagt ein anscheinend offiziöser Kritiker des „Figaro“: „Manche Franzosen haben sich der Hoffnung hin, daß Frankreich durch ein außerparlamentarisches Uebereinkommen eine mit Deutschland gleichwertige Gemüthung in Europa erlangen könnte. Diese Hoffnung war eine Illusion. Aber wenn gewisse Leute noch an ihr festhalten wollten, so wollte Graf Bülow nicht, daß sich nunmehr irgend Jemand darüber täusche. Dank Bülow ist die Situation auf deutscher Seite von unvergleichlicher Klarheit. Was uns anlangt, haben wir keine Ursache, dieselbe zu verdunkeln. Wir sind von den korrekten Beziehungen, die wir zu unseren Nachbarn unterhalten, befriedigt und sind bereit, die Courttoisie, für die wir wiederholt Beweise ertheilten, mit gleicher Courttoisie zu erwidern. Wir wohnen ebenso wie die Deutschen in einem Friedensgebäude, dessen Bewohner, wie der Reichsanzler jüngst in der dem „Figaro“ bewilligten Unterredung sagte, sich je nach Zeit und Ort mehr oder weniger bedrückt fühlen, aber es ist uns in noch höherem Maße unmöglich, dem Erbquale unserer Erinnerungen zu entgehen, als es Deutschland schwer fällt, auf einen einzigen seiner Siege zu verzichten, und da wir außerhalb des Gebiets, auf das Deutschland sich zu begeben weigert, nichts von ihm zu verlangen haben, so werden wir auch weiterhin in den gutnachbarlichen Beziehungen, welche die Zeit zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt hat, den genaueren und hinreichenden Ausdruck dessen finden, was die Sorge um den allgemeinen Frieden und die Wahrung eigener Interessen von einer richtigen Politik verlangen.“ Die „Aurore“ sagt betreffs der Erklärungen des Reichsanzlers Grafen Bülow: „Die Rede beweist, daß die Germanisierung Elsaß-Lothringens eine vollendete Thatfache sei. Was bedeuten dieser Thatfache gegenüber die deklamatorischen Behauptungen der Rebanchéhelden? Wir beglückwünschen, so sagt das Blatt, die Deutschen nicht zu diesem Ergebnis, aber wer wagt, die Elsaß-Lothringer zu tadeln?“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 11. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In verschiedenen Blättern tauchen über die Vorgeschichte der vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow am 2. Juni im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung allerlei Erzählungen auf, denen der Gedanke gemeinsam ist, daß Graf Bülow anfänglich eine entgegenkommende Antwort auf die Interpellation beabsichtigt habe und erst durch Seine Majestät den Kaiser zu einer anderen Haltung gedrängt worden sei. Am weitesten geht darin ein rheinisches Blatt, das sogar angebliche Aeußerungen des Kaisers mitzutheilen weiß, durch die ein entgegenkommender Beschluß des Staatsministeriums umgestoßen worden sei. Wir müssen dieses Geschichtstragen als Unfug bezeichnen und stellen hiermit fest, um jeder weiteren Mythenbildung vorzubeugen, daß es für den Reichsanzler und Ministerpräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab, welche Haltung ihm durch die Interpellation auferlegt war und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte.

Berlin, 11. Juni. Nach einer amtlichen Meldung aus Caracas ist in den Vorstädten von La Guayra die Revolution ausgebrochen. Die Stadt wurde von den Forts und den venezolanischen Kriegsschiffen beschoßen. Auf Antrag des kaiserlichen Geschäftsträgers in Caracas gingen deshalb die deutschen Kriegsschiffe „Gazelle“ und „Falke“ von St. Thomas nach La Guayra in See.

Schloß Schaumburg, 11. Juni. Ihre Majestät Königin Wilhelmina der Niederlande ist mit der Königin-Mutter gestern Abend hier eingetroffen.

Paris, 11. Juni. Millerand, der der sozialistischen Deputirtengruppe wieder beigetreten ist, gab in dieser gestrigen Erklärung ab, daß er ein Gegner jedes gewalthätigen Vorgehens und des Gesamtschrittes sei.

Rom, 10. Juni. Kammer. Bei der Beratung des Marinebudgets erklärt der Marineminister auf verschiedene Anfragen, er widme der Frage der Unterseeboote andauernde Aufmerksamkeit; ein Schiffingenieur Laurent habe ein darauf bezügliches Projekt eingereicht, welches werthvoll zu sein scheine und einer genaueren Prüfung unterzogen würde. Er hoffe, daß der Typus der italienischen Unterseeboote dem anderer Mächte überlegen sein werde. Auf die Schiffsklasse des Typus „Victor Emanuel“ könne Italien stolz sein. Die italienische Marine sei in andauerndem Fortschritt begriffen. Die Expedition nach China zeige in glänzender Weise, daß die italienischen Marineoffiziere den schwierigsten Fährlichkeiten gewachsen seien.

London, 10. Juni. Das Unterhaus nahm mit 279 gegen 198 Stimmen Artikel I der Finanzbill (Getreidezoll) an.

London, 11. Juni. Oberst Lynch, Mitglied des Unterhauses für Galway in Irland, welcher gegen die Engländer gekämpft hatte, wurde bei seiner Landung in Newhafen verhaftet.

Verschiedenes.

Berlin, 11. Juni. (Telegr.) Der Giftmordprozeß Thomasthe ist bis Nachmittag 3 Uhr vertagt worden, weil sich der Angeklagte die Pulsader aufgeschnitten hat.

Bremen, 11. Juni. (Telegr.) Generaldirektor Wiegand vom „Nord. Lloyd“ erhielt von seiner Majestät dem Kaiser ein Glückwunschtelegramm anlässlich der letzten Schnellfahrt des Dampfers „Kronprinz Wilhelm“. Auch der Kronprinz gratulirte Generaldirektor Wiegand zu dem Erfolge.

Wien, 11. Juni. (Telegr.) Gestern Nacht brach in einem von vier Straßen begrenzten Häuserblock Feuer aus, welches den Häuserblock fast vollständig vernichtete.

Paris, 11. Juni. Untersuchungsrichter Lehot verhörtc gestern einen Provinznotar, dem die Frau Humbert 10 000 Francs angeboten hatte, falls er vor Gericht erklären wolle, daß er das Hundert-Millionenvermögen gesehen habe.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 12. Juni. Abts. B. 62. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum erstenmal: „Die Frau vom Meer“, Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen, deutsch von M. v. Borch. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Wetter am Dienstag den 10. Juni 1902.

Hamburg, Neufahrwasser Regenschauer, Swinemünde, Breslau meist bewölkt, Münster, Metz, München Vormittags Regen, Chemnitz Nachmittags Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 11. Juni 1902, Vormittags 7 Uhr.
Nizza bedeckt 13°, Triest Regen 19°, Florenz bedeckt 18°, Rom bedeckt 19°.

Wetterbericht der Deutschen Feuerwache Hamburg

vom 11. Juni 1902.
Der Luftdruck ist heute ziemlich gleichmäßig vertheilt, am höchsten über Nordfrankreich, am niedrigsten über Südschweden und westlich von Irland. In Deutschland ist das Wetter kühl und veränderlich. Etwas wärmer und bewölkt Wetter mit Niederschlägen ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchth.	Wind	Himmel
Juni	mm	in C.	in mm	in Proz.		
10. Nachts 9 ^u	746.3	11.8	8.3	81	NE	bedeckt
11. Morgs. 7 ^u	747.6	10.6	7.2	74	"	"
11. Mittags 2 ^u	746.1	17.4	6.9	77	"	"

Höchste Temperatur am 10. Juni: 17.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 8.0.

Niederschlagsmenge des 10. Juni: 3.4 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 11. Juni: 512 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Oberrheinische Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim.

Gegründet 1886.

Rechnungs-Abschluss für das am 31. Dezember 1901 abgelaufene fünfzehnte Geschäftsjahr.

Einnahme. Gewinn- und Verlust-Conto. Ausgabe.

Einnahme		Ausgabe	
A. Transport-Versicherung.			
1. Schaden-Reserve aus 1900	322 572	1. Rückversicherungs-Prämien	2 141 195
2. Prämien-Reserve	251 249	2. Bezahlte Schäden abzüglich Anteil	1 076 798
3. Prämien pro 1901 abz. Rabatt u. Courtage	3 529 116	3. Schwwebende Schäden	353 534
4. Policegebühren	939	4. Prämien-Reserve	281 081
		5. Agentur-Provision und Verwaltungskosten	188 402
	4 108 877		4 041 007
B. Unfall- (incl. Haftpflicht-) Versicherung.			
1. Schaden-Reserve aus 1900	343 670	1. Rückversicherungs-Prämien	788 249
2. Prämien-Reserve	266 289	2. Bezahlte Schäden abzüglich Anteil	314 036
3. Prämien pro 1901	1 506 820	3. Renten-Kapital	232 760
4. Policegebühren	14 974	4. Schwwebende Schäden	153 738
	2 181 755	5. Prämien-Reserve	314 901
		6. Agentur-Provision und Verwaltungskosten	318 777
			2 117 463
C. Glas-Versicherung.			
1. Schaden-Reserve aus 1900	7 249	1. Rückversicherungs-Prämien	71 216
2. Prämien-Reserve	55 066	2. Bezahlte Schäden abzüglich Anteil	42 556
3. Prämien pro 1901	139 986	3. Schwwebende Schäden	4 463
4. Policegebühren	2 409	4. Prämien-Reserve	62 370
	204 711	5. Agentur-Provision und Verwaltungskosten	26 152
			206 760
D. Einbruch- und Diebstahl-Versicherung.			
1. Schaden-Reserve aus 1900	5 589	1. Rückversicherungs-Prämien	27 599
2. Prämien-Reserve	15 000	2. Bezahlte Schäden abzüglich Anteil	10 116
3. Prämien pro 1901	53 599	3. Schwwebende Schäden	1 786
4. Policegebühren	1 261	4. Prämien-Reserve	18 225
	75 451	5. Agentur-Provision und Verwaltungskosten	16 781
			74 509
E. Feuer-Rück-Versicherung.			
1. Schaden-Reserve aus 1900	73 764	1. Retrocessions-Prämien	1 859 817
2. Prämien-Reserve	282 828	2. Bezahlte Schäden abzüglich Anteil	541 382
3. Prämien pro 1901	2 272 648	3. Schwwebende Schäden	52 028
4. Policegebühren	—	4. Prämien-Reserve	885 119
	2 579 141	5. Agentur-Provision und Verwaltungskosten	248 844
			2 587 192
F. Sonstige Einnahmen.			
1. Zinsen	80 113	1. Abschreibungen:	
2. Aktien-Umschreibungsgebühren	98	a. auf Effecten-Conto	664
3. Kurs-Gewinn an fremder Valuta	655	b. auf Conto zweifelhafter Debitoren	5 000
	80 862	c. auf Inventar (ca. 43% von R. 7 042,08)	3 042
		Ueberschuß	—
	9 175 799		9 175 799

Aktiva		Bilanz.		Passiva	
1. Solu-Buch der Aktionäre	3 000 000	1. Grundkapital I und II. Emission	4 000 000		
2. Baarer Kassenbestand	115 616	2. Reserve-Fonds (nach Zuschreib. pro 1901	28 530,42		
3. Wechselbestand	6 614	3. Spezial-Reserve	110 886,85		
4. Inventar inkl. Waartasse in Hamburg	4 000	4. Schaden-Reserve	—		
5. Effekten zum statistischen Kurse	1 026 745	5. Prämien-Reserve	—		
6. Hypotheken	1 095 500	6. Unerhobene Dividende	—		
7. Säckzinsen	9 837	7. Guthaben der Rückversicherer und Diverse	—		
8. Guthaben bei den Banquiers der Gesellschaft	556 456	8. Rückstellung behufs Schaffung eines Beamten-Witwen- und	—		
9. Ausstehende Bestände bei Agenten, Kunden, Versicherungs-	1 555 808	Waisen-Unterstützungsfonds (nach Zuschreibung pro 1901	—		
Gesellschaften etc.	41	M. 20 402,50)	—		
	7 370 572	Ueberschuß	—		
			15 402,50		
			140 159,71		
			7 370 572		

Vertheilung des Ueberschusses nach Beschluss der General-Versammlung vom 3. Juni 1902.

Ueberschuß		Vertheilung	
Ueberschuß	140 159,71	1. Zur Kapital-Reserve (§ 37 der Statuten)	7 008
		2. Dividende M. 20.— = 8% pro Aktie	80 000
		3. Statutarische und vertragl. Tantiemen	11 689,56
		4. Rückstellung behufs Schaffung eines Beamten-, Witwen- und	5 000
		Waisen-Unterstützungsfonds	36 462,15
		5. Zur Spezial-Reserve	—
	140 159,71		140 159,71

Der Aufsichtsrath:
 geg. **L. Aug. Baum**, Kommerzienrath, Vorsitzender.

Der Vorstand:
 geg. **Oscar Sternberg**, Direktor.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bäuerliche Brenzverhältnisse

von
 Landgerichtsrat Mainhard
 in Karlsruhe.

Preis 20 Pfennig.
 (in Partien über 100 Exemplare je 15 Pfennig.)
 Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Renchthal Eisenbahn-Gesellschaft

Oberkirch. Einladung.

Die berechtigten Aktionäre werden hiermit zu der am
Montag, den 14. Juli 1902, Nachmittags 3 Uhr,
 zu **Oppau** im Hotel zur Post stattfindenden ordentlichen Generalversammlung
 höflich eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts pro 1901 (26. Geschäftsjahr),
2. Antrag auf Entlastung des Vorstandes,
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes,
4. Neuwahl von drei ausstehenden Aufsichtsrathsmitgliedern.

Oberkirch, den 10. Juni 1902.

Der Aufsichtsrath.
 Geldreich, Direktor.

174

Bekanntmachung.

An Beiträgen für die **Großherzog Friedrich Jubiläums-Stiftung**
 sind bei der unterzeichneten Zentralsammelstelle weiter eingegangen:
 Durch den kaiserlich deutschen Konsul in Paris, Herrn von Zöllin, Er-
 gebnis einer Sammlung unter den in Paris lebenden Badenern und sonstigen
 Deutschen 1152 M. 20 Pf., aus dem Amtsbezirk Weinheim (II. Abtheilung)
 6 M.; zusammen 1158 M. 20 Pf.
 Hierzu die früher veröffentlichten 454 579 M. 01 Pf., demnach Gesamt-
 summe der bei der Zentralsammelstelle eingegangenen Gelder 465 737 M. 21 Pf.
**Somitweite Beiträge sind von nun an dem Großh. Ver-
 waltungshof dahier einzufenden.**
 Karlsruhe, den 11. Juni 1902.

Der Landesauschuß
 zur Sammlung für die **Großherzog Friedrich Jubiläums-Stiftung.**
 Der Vorsitzende:
 Schaeffler.

(177)

Der Schriftführer:
 Lacher.

Orgel-Harmoniums

von M. 90.— an
 empfiehlt in großartiger Auswahl
Ludwig Schweisgut,
 Hoflieferant, Karlsruhe
 4 Erbprinzenstraße 4. Tel. 11.
 Kataloge frei.

Einladung.

Die **Ausstellung der Schüler-
 Arbeiten** für das Studienjahr
 1901/02 findet am **14., 15. und
 16. d. Mts.** im **Ausstellungsgebäude**
 statt.

Wir laden zu deren Besichtigung
 hiermit ergebenst ein.
**Großh. Akademie der bildenden
 Künste, Karlsruhe.**

Eisenlieferung.

Für den eisernen Oberbau von drei
 Durchlässen zur **Landstraßenkorrektur**
Donndorf-Neithaus (Baustelle
 2 km von Donndorf) ist die Lieferung
 und Montirung von rund 10 000 kg
 Schmiedeeisen im Submissionswege zu
 vergeben. Angebote wollen bis längstens
 zum **Eröffnungstermin am 23. Juni**
d. J., Vormittags 11 Uhr portofrei,
 verschlossen und mit dem Auf-
 schriftsvermerk „Eisenlieferung“ ver-
 sehen, auf unserem Geschäftszimmer,
 wo auch die Pläne, Bedingungen etc.
 aufliegen und Angebotsformulare er-
 hältlich sind, eingereicht werden. (127.3)
**Großh. Wasser- und Straßenbau-
 Inspektion Donndorf.**

la Süßrahmtafelbutter
 empfiehlt zu Tagespreisen
Molkerei Schaidt Pfalz.

Freie Arztstelle.

Der **Distriktsverband** der gemein-
 samen **Gemeindeärztenversicherung**
 Kirchzarten bei Freiburg sucht wegen
 Ablebens des jetzigen Arztes einen
 approbirten Arzt als **Verbandsarzt**. Die
 Vereinbarung mit demselben über die
 Wahl des Wohnortes im Distrikt als
 auch Honorar bleibt vorbehalten.
 Reflektanten wollen sich baldigst an
 den unterzeichneten Vorstand des ge-
 meinsamen **Krankenversicherungsver-**
bands Kirchzarten wenden. 173
Kirchzarten, den 10. Juni 1902.
Hauser, Vorstand.

Gilt! Nächster Tage

Ziehung
Letzte Geldlotterie
 für die bad. Invaliden
 11. Ziehung sicher 13. u. 14. Juni 1902.
2288 Geldgew. v. M. 42000
Haupttreffer 20000 Mk. bar
 Loose à 1 Mk. | Porto und Liste
 II. „ à 10 „ | 25 Pf. extra.
 empfiehlt **J. Stürmer, Generalagent**
 Strassburg i. E. und alle
 Verkaufsstellen.

Hier bei: **Carl Göt. A. v. Perle-**
stein & Co., L. Widjel, N. Sauer,
Chr. Wieder, E. Wegmann, F.
Pecher, Hoflieferant. 1720.19

Holzversteigerung.

Großh. Forstamt **Lahr** versteigert
 aus dem **Domanenwald „Gereuth“**
Montag, den 23. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
 im **Rappen in Lahr, Windhaldholz:**
 Stämme: Fichten 9 II. Gl., 182
 III. Gl., 1090 IV. Gl., 118 V. Gl.;
 Tannen 5 II. Gl., 11 III. Gl., 4 IV.
 Gl., 3 V. Gl.
 Abfällige: Fichten 5 II. Gl., 11
 III. Gl.; Tannen 2 I. Gl., 4 II. Gl.,
 4 III. Gl.;
 Kiefer: Fichten 2 II. Gl., 9 III.
 Gl.; Tannen 3 I. Gl., 5 II. Gl., 9
 III. Gl.
 Stangen: Fichten 40 Bauftangen
 I. Gl., 100 Telegraphenstangen.
 Scheit- u. Brühlholz 51 Ster buchenes
 und 500 Ster fichtenes II. und III. Gl.
 Die Stämme und Kämme sind ent-
 rindet und lagern im **Thal, 8 Kilo-**
meter von der **Station Lahr**. Forst-
wart **Maier** in **Reichenbach (Gereuth)**
 zeigt das Holz vor und fertigt Aus-
 läge, welche auch vom Forstamt be-
 zogen werden können. 1730.2

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Notariat ist eine
Schreibgehilfenstelle
 mit einer Jahresvergütung von 600
 Mark sofort zu besetzen. Geeignete
 Bewerber wollen sich unter Vorlage
 von Zeugnissen sofort melden. In-
 zipienten werden bevorzugt.
 Freiburg, den 9. Juni 1902.
Großh. Notariat VI.
Kapferer. 1743.2

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkurs.
 1749. **Karlsruhe.** Das Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Kaufmanns **Carl Birnst** in **Miel-**
ingen wurde durch Beschluss des Ge-
 richts vom 21. Mai 1902 Nr. 7426
 nach erfolgter Abhaltung des Schluss-
 termins aufgehoben.
Karlsruhe, den 7. Juni 1902.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.
Brutzel.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Mit sofortiger Gültigkeit wird im
Wagenverzeichnis des **Ausnahme-**
tariffs 2 (Rohstofftarif) im **badischen**
Binnengütertarif und in den **direkten**
Gütertarif sowie der **Rohstofftarif** in
 dieselben aufgenommen ist, unter:
 Ziffer 1 vor „Wollstaub“ nachgetragen
 „Schlammdünger aus Kläranlagen“
 und unter Ziffer 4 gestrichen: „Schlamm-
 schlamm, Scheidelack, Saturations-
 schlamm.“
Karlsruhe, den 9. Juni 1902.
Großh. Generaldirektion.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Mit Gültigkeit vom 15. Juni 1902
 wird im **Tarifheft 8 (Verkehr Baden-**
Pfalz) für **Steine**, wie im **Spezial-**
tarif III unter **Ziffer 1** genannt, von
Klingenmünster nach **Karlsruhe-West-**
bahnhof ein **Ausnahmefrachttag** von
0,18 Mark für **100 kg** eingeführt.
 Nähere Auskunft über die für die An-
 wendung dieses **Frachttages** gültigen
 Bedingungen geben die **Stationen.**
Karlsruhe, den 10. Juni 1902.
 Name des der betheiligten Verwaltungen
Großherzogliche Generaldirektion
 der **Staatseisenbahnen**